

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

11. Januar 2016

Afghanistan

Militärische Auseinandersetzungen

In der östlichen Provinz Nangarhar finden seit Wochen Gefechte zwischen IS-Kämpfern, Taliban und den afghanischen Sicherheitskräften statt. Besonders betroffen sind die Distrikte Batikot und Chaparhar. Der IS versucht, in der Provinz Fuß zu fassen. Am 05.01.15 verursachten mehrere pakistanische Raketen in afghanischen Grenzdistrikten Sachschäden. Diese Gebiete geraten häufig im Kampf der pakistanischen Armee gegen Taliban unter Beschuss.

Die Kämpfe in der Provinz Helmand (Distrikte Sangin und Marja) dauern an (vgl. BN v. 21.12.15 u. 04.01.16). Die Taliban sollen 40 % der Provinz kontrollieren. Weitere Kämpfe gab es in Kunar, Laghman (Osten), Faryab (Norden), Badakhshan und Takhar (Nordosten).

Die Bewohner der Stadt Kunduz (Nordosten) beklagen auch 100 Tage nach der Rückeroberung der Stadt die Anwesenheit von Taliban und Unsicherheit in den Vororten.

Anschläge und Übergriffe

Am 04.01.16 gab es in Kabul zwei Selbstmordanschläge (vgl. BN v. 04.01.16). Ein Anschlag ereignete sich in der Nähe des Flughafens. Hierbei wurden mindestens eine Person getötet und etwa 30 Personen verletzt. Ein weiterer Anschlag richtete sich gegen einen Konvoi der Bundeswehr, zwei Soldaten wurden leicht verletzt. Der Angriff auf das indische Konsulat in Mazar-e Sharif (Provinz Balkh, Norden, vgl. BN v. 04.01.16) konnte nach 24 Stunden abgewehrt werden. Es wurde ein Polizist getötet, fünf Polizisten und vier Zivilisten erlitten Verletzungen. In der Provinz Samangan (Norden) erschossen Unbekannte ein Mitglied des Hohen Friedensrates. Der mutmaßliche Mörder wurde tags darauf festgenommen. In der nördlichen Provinz Jawzjan konnten die Sicherheitskräfte einen von Taliban entführten Richter befreien. In der Provinz Ghazni (Südosten) wurden die Leichen von zwei afghanischen Soldaten gefunden, die von Taliban entführt worden waren. Am 05.01.16 gab es eine Explosion in der Nähe des indischen Konsulats in Jalalabad (Nangarhar, Osten), bei der niemand zu Schaden kam. In Helmand (Süden, Distrikt Nad Ali) haben die Taliban einen Mann öffentlich gehängt, dem die Vergewaltigung eines Mädchens vorgeworfen wurde. Am 06.11.15 beschossen Unbekannte mehrere Minuten das Haus einer Politikerin in Charikar (Provinz Parwan, Zentrum), es gab keine Opfer. Bei einer Explosion in Kama (Provinz Nangarhar, Osten) wurden am 10.01.15 drei Zivilisten getötet.

Rekrutierung von Kindern durch Taliban

Regierungsvertreter aus der Provinz Badakhshan (Nordosten) erklärten, dass die Taliban in der Provinz Hunderte Kinder rekrutierten und militärisch ausbildeten.

Irak

IS-Führer getötet

Irakischen Militärangaben zufolge wurde ein Führer des IS bei einem Angriff der irakischen Luftwaffe im Westen des Iraks getötet. Es soll sich um einen ranghohen Militärkommandeur im Westirak und im Osten Syriens namens Assi Ali Mohammed Nasser al-Obeidi handeln. Er sei unter Saddam Hussein für den Sicherheitsapparat tätig gewesen.

Angriff auf Peshmerga-Lager

Laut Pressemeldung vom 08.01.16 haben Kämpfer des IS ein Peshmerga-Camp mit türkischen Militärausbildern in Baschika (nahe Mosul) angegriffen. Türkischen Angaben zufolge sollen eigene Soldaten weder verletzt noch getötet worden sein. Bei den Gefechten seien 17 IS-Kämpfer ums Leben gekommen.

Syrien

Russischer Luftangriff auf Gefängnis

Bei einem russischen Luftangriff auf ein Gefängnis der mit al-Qaida verbündeten Jabhat al-Nusra (JN) in Maarat al-Numan (Provinz Idleb) sollen mindestens 57 Menschen getötet worden sein, darunter zahlreiche Häftlinge und fünf Zivilisten. Das Gebäude, in dem die JN Kämpfer rivalisierender Rebellengruppen gefangen gehalten haben soll, liegt in der Nähe eines belebten Markts.

Friedensgespräche

Die syrische Regierung erklärte sich bereit, an den für den 25.01.16 geplanten Friedensgesprächen in Genf teilzunehmen, wenn sie eine Liste der teilnehmenden Oppositionsführer sowie eine Liste mit den Gruppen erhalte, die als Terroristen eingestuft würden. Ob die Gespräche stattfinden werden, ist fraglich. Die Oppositionsgruppen verlangen, dass die Regierung zunächst die Bombardierung von Wohngebäuden und die Belagerung von Städten beenden soll. Auch die zunehmenden Spannungen zwischen Iran und Saudi-Arabien, die jeweils andere Seiten im Syrienkonflikt unterstützen, belasten mögliche Friedensverhandlungen.

Hungertod bedroht Tausende in Madaja

In der seit mehr als 170 Tagen von syrischen Regierungstruppen und der libanesischen Hizbollah belagerten Stadt Madaja (etwa 25 km nordwestlich von Damaskus) droht Tausenden der Hungertod. Die letzte Hilfslieferung erhielten die noch rd. 40.000 Bewohner nach Angaben einer Sprecherin des Welternährungsprogramms (WFP) im Oktober 2015. Allein im Dezember 2015 sollen mindestens 23 Menschen verhungert sein. Die Regierung stimmte am 07.01.16 Hilfslieferungen zu. Aus logistischen Gründen können diese die Stadt frühestens ab 11.01.16 erreichen.

Zivilisten bei Angriff der US-geführten Koalition getötet

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 07.01.16 wurden bei einem Luftangriff der US-geführten Koalition auf IS-Stellungen nördlich der Extremistenhochburg ar-Raqqa acht Kinder und drei Frauen getötet. Im Gebiet nördlich von ar-Raqqa kämpfen seit Ende 2015 der IS und die neugegründete Allianz Syrische Demokratische Kräfte bzw. Syrischer Demokratischer Rat, der die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) und mehrere arabische und christliche Rebellengruppen angehören.

Syrien/Türkei

Visum für Einreise in die Türkei mit Schiff oder Flugzeug erforderlich

Ab 08.01.16 benötigen alle Syrer, die mit dem Schiff oder dem Flugzeug in die Türkei einreisen, ein Visum. Syrische Flüchtlinge, die auf dem Landweg kommen, brauchen weiterhin kein Visum. Die Türkei will damit nach eigenen Angaben den Zuzug von Menschen mit falschen Papieren unterbinden. An der grundsätzlichen Aufnahmebereitschaft habe sich nichts geändert.

Türkei

Prozess gegen Fethullah Gülen

Am 06.01.16 begann in Istanbul der Prozess gegen den islamischen Prediger Fethullah Gülen. Der in den USA lebende Gülen soll sich in Abwesenheit wegen mutmaßlicher Umsturzversuche und Bildung einer terroristischen Vereinigung verantworten. Mit ihm sind 69 weitere Verdächtige angeklagt, viele davon ehemalige Polizisten. Die türkische Regierung betrachtet die Gülen-Bewegung als eine Art Parallelstaat und forder-

te von den USA bisher vergeblich die Auslieferung des Predigers. Die Staatsanwaltschaft forderte lebenslange Haft für Gülen und fast alle anderen Angeklagten.

Offensive gegen PKK

Seit Wochen kommt es im Südosten zu schweren Gefechten zwischen der Armee und PKK-Anhängern. In Diyarbakir wurde im Viertel Sur seit dem 02.12.15 eine Ausgangssperre verhängt, in den Städten Cizre und Silopi seit dem 14.12.15. Dort gehen Sicherheitskräfte unter anderem mit Panzern gegen bewaffnete Anhänger der PKK-Jugendorganisation YDG-H vor. Die pro-kurdische Partei HDP zählt nach Medienberichten seit Beginn der Ausgangssperren mindestens 70 getötete Zivilisten in Sur, Cizre und Silopi. Die Armee gibt an, dort über 320 Terroristen „neutralisiert“ zu haben, spricht aber auch von einigen eigenen Verlusten. Am 09.01.16 erklärten Armeevertreter, dass bei Einsätzen in Diyarbakir und Cizre seit dem Vortag 18 Aufständische und ein Soldat getötet worden seien, zudem habe es mehrere Verletzte gegeben. Bei einem Einsatz in der Stadt Van sollen in der Nacht zum 10.01.16 zwölf PKK-Kämpfer und ein Polizist ums Leben gekommen sein.

Staatspräsident Erdogan machte in seiner Neujahrsansprache das Ausmaß deutlich, das der Konflikt wieder angenommen hat. Er erklärte, 2015 seien 3.100 Terroristen und 200 Sicherheitskräfte getötet worden. Angaben zur Zahl getöteter Zivilisten machte er nicht.

Nach Angaben der HDP forderten die Kämpfe auf Seiten der PKK und der Sicherheitskräfte etwa 400 Tote, zudem hätten 342 Zivilisten ihr Leben verloren.

Libanon

Mutmaßlicher Drahtzieher des Beirut Doppelanschlags festgenommen

Etwa zwei Monate nach dem Doppelanschlag in Beirut (12.11.15) mit 44 Todesopfern nahm die libanesische Polizei nach ihren Angaben vom 10.01.16 den mutmaßlichen Koordinator der Anschläge, Abu Talha, fest. Er soll Kontakt mit dem IS im syrischen ar-Raqqa gehabt und seine Gruppierung eine Serie von Anschlägen im Libanon geplant haben.

Bombenanschlag auf israelische Militärpatrouille im Grenzgebiet zum Libanon

Nach einer Meldung vom 04.01.16 wurde eine israelische Militärpatrouille im Grenzgebiet zum Libanon Ziel eines Bombenanschlags. Zwei Jeeps wurden getroffen. Angaben zu Toten oder Verletzten gibt es bisher nicht. Die israelische Armee reagierte mit Artilleriebeschuss des Südlibanons. Zu dem Anschlag bekannte sich die Hizbollah, die Gruppe „Märtyrer Samir Kuntar“. Samir Kuntar, ein prominentes Mitglied der Hizbollah, wurde im Dezember 2015 bei einem israelischen Luftangriff in einem Vorort von Damaskus getötet.

Saudi-Arabien/Iran

Spannungen zwischen Iran und Saudi-Arabien nehmen zu

Der Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien spitzt sich nach der Hinrichtung des schiitischen Geistlichen Nimr Baqir al-Nimr am 02.01.16, einem der Wortführer von Protesten gegen die Diskriminierung der Schiiten in Saudi-Arabien, weiter zu. Eine Menschenmenge stürmte nach der Hinrichtung die saudische Botschaft in Teheran und legte Brände. Saudi-Arabien und mehrere seiner Verbündeten brachen die diplomatischen Beziehungen zu Iran ab oder stufen sie herab. Der Außenminister Saudi-Arabiens erklärte am 09.01.16 nach einer Sondersitzung mit Kollegen des Golf-Kooperationsrates (GCC) – ihm gehören zudem Kuwait, Katar, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate und der Oman an –, sein Land prüfe weitere Maßnahmen für den Fall, dass Iran seine Politik fortsetze. Der GCC verurteilte eine Einmischung der iranischen Regierung in die inneren Angelegenheiten Saudi-Arabiens.

Jemen

Kriegshandlungen

Am 07.01.16 sollen saudische Kampfflugzeuge die Botschaft Irans angegriffen haben. Es wird von Sachschäden und verletzten Sicherheitsbeamten berichtet. Am 10.01.16 sollen bei einem Raketenangriff auf eine Klinik der Ärzte ohne Grenzen im Norden mindestens vier Personen getötet und zehn verletzt worden sein. Seit September 2014 kämpfen Truppen des Präsidenten Hadi gegen schiitische Houthi-Rebellen und deren Verbündete. Seit März 2015 beteiligt sich eine von Saudi-Arabien angeführte Militärallianz zusammen mit anderen sunnitischen Staaten auf Seiten der Regierung am Krieg gegen die Houthi-Rebellen, die von Iran unterstützt werden. Seither sollen ca. 6.000 Menschen, darunter die Hälfte Zivilisten, getötet und 28.000 verletzt worden sein. Der Widerstand der Rebellen begann als Kampf gegen Ausgrenzung und Benachteiligung.

Friedensgespräche verschoben

Die für den 14.01.16 geplanten Friedensgespräche werden nach Angaben der Regierung auf den 20. oder 23.01.16 verschoben. Der UN-Sondergesandte will die Houthi-Rebellen zur Teilnahme bewegen. Im Dezember 2015 scheiterten die von der UN initiierten Gespräche zwischen den Konfliktparteien.

Saudi-Arabien beendet Waffenruhe

Am 02.01.16 beendete die von Saudi-Arabien angeführte Militärallianz die seit 15.12.15 geltende Waffenruhe und begann mit einer neuen Welle von Luftschlägen. Als Grund gab sie andauernde Rebellenangriffe auf saudische Städte und Grenzposten an. Die Waffenruhe wurde von Saudi-Arabien und seinen Verbündeten ursprünglich für die Dauer der Friedensgespräche in der Schweiz einseitig ausgerufen und nach dem Scheitern der Gespräche verlängert. Regierungstreue Truppen begannen gleichwohl am 18.12.15 eine Großoffensive im Norden und eroberten einige Städte zurück.

Einsatz von Streubomben?

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte erklärte Anfang Januar 2016, man habe im Nordwesten die Reste von 29 Streubomben gefunden. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon äußerte sich am 08.01.16 besorgt über Berichte, nach denen die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition Streubomben eingesetzt habe, z.B. am 06.01.16 in der Stadt Sanaa. Der UN-Generalsekretär betonte, der Einsatz dieser Waffen in dicht besiedelten Gegenden könne als Kriegsverbrechen gewertet werden. Streubomben sind laut einer internationalen Konvention von 2008 geächtet, wobei Saudi-Arabien die Erklärung bisher nicht unterzeichnet hat.

Libyen

Anschlag auf Ausbildungszentrum

Bei einem Selbstmordanschlag auf ein Trainingscamp der Polizei im westlibyschen Sliten wurden am 07.01.16 mindestens 70 Menschen getötet und über 100 verletzt. Der Stadtrat von Sliten erklärte, ein Lastwagen habe das Tor der Einrichtung durchbrochen und sei nahe einer Gruppe von Polizisten explodiert. Auf dem Gelände werden Sicherheitskräfte der Küstenwache ausgebildet. Ein Großteil der Opfer sind vermutlich Rekruten. Am 08.01.16 veröffentlichte ein Ableger des IS im Internet ein Bekennerschreiben zu dem Anschlag. Die Gegend um Sliten ist bisher nicht für die Anwesenheit des IS bekannt. Der IS beherrscht in Libyen einen Küstenstreifen am Mittelmeer rund um die Stadt Sirte und versucht, Ölanlagen zu erobern.

Ghana/USA

Ghana nimmt Guantánamo-Häftlinge auf

Wie das US-Verteidigungsministerium am 06.01.16 mitteilte, wurden zwei aus dem Jemen stammende Guantánamo-Häftlinge freigelassen und an Ghana überstellt. Dort sollen sie für die nächsten zwei Jahre unter Überwachung leben; danach dürfen sie das Land verlassen. Die beiden gelten nicht als Sicherheitsrisiko. Eine Überstellung in den Jemen kam u.a. wegen des dortigen Bürgerkriegs nicht in Frage. In der US-Basis Guantánamo auf Kuba gibt es nun noch 105 Gefangene, von denen 46 nicht als Sicherheitsrisiko eingestuft werden. Ghana ist das erste Land der Subsahara, das Guantánamo-Häftlinge aufnimmt.

Zentralafrikanische Republik

Präsidentenwahl: Stichwahl notwendig

Die Wahlkommission gab am 07.01.16 das vorläufige Ergebnis der Präsidentenwahl vom 30.12.15 bekannt. Keiner der 30 Kandidaten erreichte die notwendige Mehrheit von 50 % der abgegebenen Stimmen. Deshalb kommt es am 31.01.16 zur Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten, Anicet Georges Dologuélé (23,8 % Stimmenanteil, Premierminister 1999 bis 2001) und Faustin Archange Touadéra (19,4 %, Premierminister 2008 bis Anfang 2013). Das Ergebnis der gleichzeitigen Parlamentswahl liegt noch nicht vor. Nach anfänglichen Verzögerungen wegen logistischer Probleme verliefen die Wahlen ohne größere Zwischenfälle. Die Wahlbeteiligung lag bei 79 %.

Äthiopien

Viele Tote bei Protesten

Bei Einsätzen von Sicherheitskräften gegen Demonstranten sollen im Regionalstaat Oromia binnen zwei Monaten nach Angaben von Menschenrechtsaktivisten mindestens 140 Menschen getötet worden sein. Auch habe es viele Verletzte und Verhaftungen gegeben, erklärte die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Die äthiopische Regierung äußerte sich zwar nicht zu den Angaben, bestätigte jedoch fünf Tote. Die Kundgebungen richteten sich gegen drohende Enteignungen im Rahmen geplanter Landreformen im Großraum der Hauptstadt Addis Abeba. Die Proteste in der Region hatten im November begonnen und sich auf mehr als hundert Orte ausgebreitet, u.a. Haramaya, Jarso, Walliso und Robe.

Nigeria

Todesstrafe wegen Blasphemie

Am 04.01.16 verurteilte ein Upper Sharia Court der nordnigerianischen Stadt Kano den dem Sufi-Orden Tijaniyya angehörenden islamischen Kleriker Abdulaziz Dauda, bekannt auch als Abdul Inyass, wegen Verunglimpfung des Propheten Mohammed zum Tode durch den Strang. Ihm wird vorgeworfen am 05.05.15 in einem Vortrag in Kano den senegalesischen Geistlichen Scheich Ibrahim Niasse (1975 verstorbener Initiator einer Erneuerungsbewegung des Tijaniyya-Sufi-Ordens) „größer als der Prophet“ genannt zu haben. Gegen das Urteil können innerhalb von 30 Tagen Rechtsmittel eingelegt werden.

Bereits im Juni 2015 hatte das Scharia-Gericht von den zusammen mit Dauda verhafteten 13 Personen acht Männer und eine Frau wegen Blasphemie zum Tode verurteilt; vier Personen wurden freigesprochen.

DR Kongo

Überfall der FDLR

Am frühen Morgen des 07.01.15 überfielen in der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu Kämpfer der ruandischen Hutu-Rebellenorganisation FDLR (Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas) das von der Ethnie der Nande bewohnte Dorf Miriki (etwa 110 km nördlich der Provinzhauptstadt Goma). 15 Dorfbewohner wurden getötet und acht verletzt. Laut Angaben eines Sprechers der kongolesischen Armee scheint es sich bei dem Überfall um eine Racheaktion der FDLR für eine Reihe von Angriffen der Nande Mai-Mai-Milizen gegen die FDLR zu handeln.

Kosovo

Ausschreitungen bei Großdemonstration gegen die Regierung

Am 09.01.16 demonstrierten in Pristina zehntausende Oppositionsanhänger gegen die Regierung. Die Teilnehmer warfen Steine und Molotowcocktails und versuchten, das Regierungsgebäude anzuzünden. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas ein. Mehrere Personen wurden verletzt, zahlreiche verhaftet. Die drei Oppositionsparteien, die Vetevendosje (Selbstbestimmung), die Allianz für die Zukunft (AAK) und die Nisma (Initiative) fordern Neuwahlen und werfen der Regierung vor, die Souveränität des Landes aufs Spiel

zu setzen. Sie wollen das Abkommen mit Serbien verhindern, das der serbischen Minderheit im Norden Autonomierechte einräumt. Die Opposition hat angekündigt, solange zu protestieren, bis die Regierung zurücktritt.

Die Demonstration stellt den Höhepunkt der seit Monaten anhaltenden Krise dar. Die Opposition hatte in den vergangenen Wochen mehrmals das Parlament mittels Tränengasattacken lahmgelegt. 13 Oppositionsabgeordnete wurden festgenommen. Seit die Demokratische Partei (PDK) von Ex-Premier Thaci im Dezember 2014 mit dem damaligen Oppositionschef und heutigen Premier, Isa Mustafa, von der Demokratischen Liga (LDK) eine große Koalition einging, stehen sich Regierung und Opposition unversöhnlich gegenüber.

China

Proteste in Hongkong

Tausende demonstrierten am 10.01.16 in Hongkong gegen das Verschwinden fünf chinakritischer Buchhändler und Verlagsmitarbeiter, für die Behörden des Festlands verantwortlich gemacht werden. Anlass für ihr Verschwinden soll ein geplantes Buch über Präsident Xi Jinping sein. Da in der Sonderverwaltungszone Hongkong die Presse- und Meinungsfreiheit deutlich größer ist als auf dem Festland, werden viele kritische Medien in Hongkong verlegt und verkauft.